



aus Wiesbaden

Nr. 22 – Juni 2005

*Liebe Genossinnen und Genossen,
über den Sinn oder Unsinn der Entscheidung für Neuwahlen zum Bundestag ließe sich lange argumentieren. Auch über die Folgen für die SPD im Bund und in Offenbach gibt es sicherlich viele Einschätzungen. Doch nur der Blick nach vorne und die entschlossene Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner auf allen Ebenen können positiv die Wahlentscheidungen im Herbst beeinflussen. Deshalb werden wir am 11. September bei der Oberbürgermeisterwahl deutlich machen, dass im Interesse dieser Stadt der neue Oberbürgermeister ein Sozialdemokrat bleiben muss. Bei der Bundestagswahl wird dagegen nicht die Entscheidung für Gerhard Schröder oder Angela Merkel im Vordergrund stehen. Diese Wahl wird eine Richtungsentscheidung über die Ausgestaltung und Funktionsfähigkeit unseres Sozial- und Wirtschaftssystems. Das Wahlmanifest, das der Parteivorstand am 4. Juli vorlegt, muss auf den gelegten Grundlagen aufbauen und dort korrigieren, wo während unserer Regierungsverantwortung die Prinzipien einer sozial gerechten und an Arbeitnehmerinteressen orientierten Politik nicht erfüllt wurden. Lasst es uns anpacken!*

Heike Habermann

Wenn einer einen Orden braucht.....

... dann sollte er Mitglied der Hessischen Landesregierung werden. Am 26.04.05 erhielten Justizminister Wagner, Innenminister Bouffier und Finanzminister Weimar den hessischen Verdienstorden aus der Hand von Ministerpräsident Koch. Zu Ehrende können allein und ausschließlich vom Hessischen Kabinett und dem Landtagspräsidenten vorgeschlagen werden. Wenn die drei Minister sich nicht selbst vorgeschlagen haben, bleiben also nur noch neun weitere, die dies veranlasst haben können. Doch der Ablauf bleibt ebenso im Dunkeln wie die Verdienste, für die Bouffier, Wagner und Weimar geehrt wurden. Diese müssen nämlich laut Stiftungserlass weit über die Erfüllung dienstlicher Pflichten hinausgehen. Und auch bei der Erfüllung der Dienstpflichten könnte man angesichts des desolaten Zustands des Landeshaushalts zumindest bei Finanzminister Weimar ins Grübeln kommen. In der Landtagsdebatte konnte man vom Sprecher der CDU-Fraktion etwas über langjährige kommunalpolitische Aktivitäten und andere ehrenamtliche Tätigkeiten hören. Diese Kriterien treffen jedoch fast auf jedes Mitglied des hessischen Landtags und einige hunderttausend aktive Menschen in Hessen zu. Auch die Geehrten wollten anscheinend ihre besonderen Verdienste nicht öffentlich gewürdigt (und beleuchtet?) sehen. Es gab noch nicht einmal eine Pressemitteilung. Lediglich durch die vorgeschriebene Veröffentlichung im Staatsanzeiger wurde bekannt, welche verdienstvollen Minister Hessen hat. Der Ministerpräsident ahnte wohl, dass eine festliche Ordensverleihung öffentliche Empörung hervorgerufen hätte. Dass sich jemand in dieser Landesregierung dieser Aktion insgeheim schämte, ist dagegen eher unwahrscheinlich. Zu sehr verführt die Arroganz der Macht die



hessische CDU dazu, dieses Land und seine Institutionen als ihren parteipolitischen Erbhof zu behandeln.

Hessen investiert in Köpfe

Nachdem im Dezember 2003 Erbgraf Eberhard von Erbach in den Zeitungen verfrüht den Riesendeal feierte, den er durch den Verkauf seines Schlosses persönlich zu machen wünschte, wurden die im Haushalt eingestellten Mittel von der Mehrheit eingefroren. Dies geschah nicht aus Einsicht, dass der Ankauf eines Schlosses angesichts der Kürzungen im Landeshaushaushalt bei Bildung und Sozialeinrichtungen nicht zu vertreten sei. Auslöser für den damaligen Meinungswandel war die heftige öffentliche Reaktion. Deshalb wurde der Ankauf auch weiter im Hintergrund verhandelt und in der letzten Plenarsitzung von der Mehrheit endgültig besiegelt. Für 13,3 Millionen erwirbt das Land Hessen das Gebäude mit einigen Kunstschätzen und einer riesigen Sammlung von Hirschgeweihen vom armen Grafen. Dieser erwirbt im Gegenzug eine bescheidene Wohnfläche von ca. 1000 Quadratmetern in seinem Stammsitz und das Recht, kostenfrei ein halbes Dutzend Familienfeiern pro Jahr in der neuen Touristenattraktion des Odenwaldkreises zu feiern. Angesichts voller Klassenzimmer, fehlender Lehrerstellen und schlechter Bildungschancen für viele Kinder hat diese Investition einen üblen Beigeschmack: Wer die Investition in Köpfe mit dem Ankauf von Hirschgeweihen verwechselt, hat sich weit von den politisch notwendigen Aufgaben in Hessen entfernt.



Rahmenbedingungen

- Die Einsparungen beim Wohngeld auf Landesebene betragen laut Berechnung des Finanzministers nicht mehr als 50 Millionen Euro. Die CDU im Landtag lehnte mit dieser Begründung einen Antrag der SPD-Fraktion ab, nach genauer Kenntnis der Zahlen den Kommunen die eingesparten Kosten in voller Höhe weiterzuleiten. Die Rechenkünste Karl-Heinz Weimars dürften auch der CDU-Fraktion hinlänglich bekannt sein.....
- Die Verkürzung der Gymnasialzeit macht Gymnasien zu Zwangsganztagsschulen. Die erforderlichen Investitionsmittel zum Bau von Cafeterien und neuen Räumen will die Kultusministerin jedoch nicht bezahlen. Dafür soll das Bundesprogramm zur Förderung von Ganztagschulen erhalten. Wer bestellt, hat auch zu zahlen – diese Kurzformel des Konnexitätsprinzips hat die CDU selbst als gesetzliche Vorschrift beschlossen.....
- Seit 1999 wurden den Kommunen insgesamt 300 Millionen Euro an Fördermitteln des Landes zum Ausbau der Kinderbetreuung vorenthalten. Auch die Umsetzung des neuen Bildungsplans für Kindergärten und Grundschulen will sich die Landesregierung außer dem Hochglanzdruck der Broschüre nichts kosten lassen. Das Ganze nennt sich dann „Offensive für Kinderbetreuung“...
- Wegen einer falschen Prognose des hessischen Finanzministers auf Grundlage des Steuersenkungsgesetzes des Bundes wurden in den Jahren 2001, 2002 und 2003 den Kommunen über den Kommunalen Finanzausgleich insgesamt 150 Millionen Euro entzogen. Zurückerstatten will die Landesregierung diese Mittel nicht. Wir hatten doch schon eine Aussage bezüglich der Rechenfähigkeiten des Finanzministers.....

Wahrhaft kommunalfreundlich
meint

